

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Freitag mit Ausnahme der Feiertage. Der Preis beträgt 15 Pfennig. Der Abonnementpreis beträgt für ein Jahr 1,80 Mark. Der Auslandspreis beträgt 2,40 Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 15 Pfennig. Der Preis für den Auslandsendvertrieb beträgt 2,40 Mark. Der Preis für den Auslandsendvertrieb beträgt 2,40 Mark.

Verlag und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13/14. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Freitag mit Ausnahme der Feiertage. Der Preis beträgt 15 Pfennig. Der Abonnementpreis beträgt für ein Jahr 1,80 Mark. Der Auslandspreis beträgt 2,40 Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 15 Pfennig. Der Preis für den Auslandsendvertrieb beträgt 2,40 Mark. Der Preis für den Auslandsendvertrieb beträgt 2,40 Mark.

Quireren-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13/14. Fernsprecher: Amt Norden 2893-96, 9748

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Begen die ungarischen Henter!

## Umlagen in der österreichischen Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Wien, 19. Februar.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich mit dem Angebot der ungarischen Regierung über das Schicksal Westungarns, da durch den Staatsvertrag von St. Germain Deutschösterreich zugesprochen wurde durch Selbstbestimmung der Bevölkerung des Burgenlandes entscheiden zu lassen. Das Urteil der Nationalversammlung wurde einstimmig zu einem Gerichtsurteil über das infame Blutregime, das ein Hohn auf Freiheit und Selbstbestimmung der Völker Ungarns bedeutet.

Staatskanzler Renner erklärte, daß die Regierung ablehne über diese Frage mit Ungarn zu verhandeln, weil nach dem Friedensvertrag das westungarische Gebiet zu Deutschösterreich für Deutschösterreich eine entschiedene Sache sei, die nicht mehr geändert werden könne. Die ungarische Regierung hat die Bewohner der bisherigen Westgrenzländer Ungarns auf das unglaublichste bedrückt, um sie zum magyarischen Staat zu zwingen. Das Selbstbestimmungsrecht soll dem Burgenländer nicht verwehrt werden, denn an dem Gedanken der nationalen Selbstbestimmung, den wir in St. Germain verteidigt haben und von dem wir glauben, daß ihm die Zukunft gehört, rütteln wir nicht. Aber wir lehnen eine Volksabstimmung ab, solange dieses Land unter militärischer Besetzung steht.

Redner der Großdeutschen und Christlichsozialen lagern die Corfhregierung des beispiellosen Terrorismus an.

Der Genosse Otto Bauer erklärt, daß diese Voraussetzung jedweder Verhandlung mit Ungarn die Bedingung sei, daß Ungarn die Hoheitsrechte der deutschösterreichischen Republik respektiere, die sie ununterbrochen verleihe, indem sie auf deutschösterreichischem Boden ein Heer von Offizieren, Polizeiorganen, Spionen und Agenten unterhalte, die sich den Menschenraub zum Beruf erlesen haben. Bauer erbrachte den dokumentarischen Nachweis, daß der jüngste Menschenraub auf dem Gebiet der ungarischen Regierung vollzogen wurde. Solange die ungarische Legion in Wien ihr Unwesen treibe, sei eine Verhandlung mit Ungarn überhaupt unmöglich. Die Selbstbestimmung Westungarns ist durch den Friedensvertrag gegeben. Ueber Westungarn verhandeln wir nicht mit der ungarischen Regierung, sondern die deutschösterreichische Republik nur mit dem Burgenlande. Selbstbestimmung unter den Bajonetten der ungarischen Regierung, unter dem Terror der ungarischen Verbände ist ein Hohn auf diesen Gedanken. Wir lehnen auch jede wirtschaftliche Bindung mit Ungarn ab, die die Verwirklichung der antideutschen sowie reaktionären Utopie der Donauföderation über den könnte.

## Die Lage in Moskau.

Genosse Lansbury, der Chefredakteur des Londoner sozialistischen „Daily Herald“, ist in Moskau angekommen. Er hat von dort aus ein Radiotelegramm an sein Blatt geschickt, dessen Wortlaut wir nachfolgend wiedergeben:

„Bin heute hier angekommen. Jedermann leidet unter dem Hunger, unter der Kälte, unter Krankheiten, lauter Leiden, die dem durch fremdes Gold und fremde Waffen unterstützten Bürgerkrieg zuzuschreiben sind. Die ganze Nation wünscht den Frieden. Es herrscht eine große Hoffnung, ein großer Glaube, ein großer Optimismus, aber alle wollen wissen, ob die Alliierten endlich Rußland die Freiheit lassen wollen, für die Alliierten endlich Rußland die Freiheit lassen wollen, für die Alliierten endlich Rußland die Freiheit lassen wollen. Das ist eine ehrliche Zusammenarbeit unsererseits aufnehmen. Das ist eine ehrliche Zusammenarbeit unsererseits aufnehmen. Das ist eine ehrliche Zusammenarbeit unsererseits aufnehmen. Ich habe nie Worte getroffen, die so entschlossen sind, den Sieg für die wirtschaftliche Freiheit zu erringen. Ich hatte ein Interview mit Tschitschewin, der mir mitteilte, daß die russischen Kooperationsgenossenschaften begierig seien, den Handel aufzunehmen, und daß sie Litwinow zu ihrem Vertreter bestimmt hätten. Sie werden daher Delegierte aus Rußland entsenden, um mit ihm zu handeln. Rußland, fügte er bei, muß bereit sein zu bestimmen, was es kaufen und verkaufen will. Die Kooperationsgenossenschaften bilden einen Teil der Bevölkerung; sie stellen in Wirklichkeit Vertretungsagenturen für die Sowjetregierung dar. Das bedeutet, daß de facto jeder russische Bürger Mitglied dieser Genossenschaft ist.“

Als ich Tschitschewin fragte, was im jetzigen Augenblick Rußlands Hauptaufgabe sei, antwortete er mir: „Nachdem Rußland alle seine Kräfte darauf konzentriert hatte, den Feind im Innern und nach außen zurückzuschlagen, widmet es sich jetzt vollständig der Aufgabe, ein neues Rußland auf den durch den Krieg geschaffenen Trümmern aufzubauen. Vor einigen Monaten noch hieß das Besetzungswort: Jedermann an die Front. Heute lautet es: Jedermann an die Arbeit, an die Front, an der man sich nicht schlägt. Wir waren gezwungen, eine industrielle Armee zu bilden, die alle arbeitsfähigen Männer und Frauen umfaßte. Aber das war nur eine vorübergehende Phase, die zu dem Tag hinführen soll, an dem Männer und Frauen einschen werden, wenn sie erst durch die Irrtümer und Opfer der Vergangenheit gewarnt sind, daß sie ihre Dienste freiwillig der Allgemeinheit bieten müssen. Was den Frieden mit unsern Nachbarn angeht, bestehen unsererseits keine Schwierigkeiten. Rußland verlangt von seinen Nachbarn nichts als Freundschaft. Die Polen, die Ukrainer — mit einem Wort alle Völker — können den Frieden haben, wenn sie mit Rußland wie mit einem freien Lande verhandeln wollen.“

Ich bitte die Regierung und besonders Herrn Lloyd George dringender, der wahren Ueberlieferung Englands zu folgen und die Lombedschaffliche Hand diesem großen Volke zu geben, das nur kämpft, um sich nach den Jahren des Leidens und der Verluste wieder aufzurichten. Ich erlaube auch dringlichst Henderson, Smalls, Thomas Williams, Mac Donald und Snowden, sich zu vereinigen und mit den Behörden die Wiederherstellung der beiden Nationen herzustellen. Es genügt, in Moskau oder Petersburg zu sein — dann zerfallen all die Märchen mit einem Schlag, die über die „bolschewistischen Schanddiaten“ geschwiebelt wurden. Ich bin hier oben so frei und sicher allein auf der Straße, wie in London; in Wirklichkeit noch sicherer als in London. Es ist hier nicht schlimmer als in den anderen Großstädten, im Gegenteil, es gibt viele, viele Dinge, die besser sind.“

## Für die Revision des Friedensvertrages.

Die „Westminster Gazette“ vom 11. Februar 1920 heißt folgendes mit:

Verichte aus Paris zeigen, daß das französische Volk schon anfangs bejogt zu werden insolge Deutschlands Nichterfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages. Die beiden Hauptklawfein, welche es bisher nicht erfüllt hat, sind diejenigen, welche sich auf Auslieferung der Kriegsverbrecher und die Kohlenversorgung Frankreichs beziehen. Die Frage der Auslieferung haben wir schon zur Genüge besprochen. Was die Kohlenversorgung, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Klauseln, welche sich darauf beziehen, einen des schlechtest überlegten Teiles des Vertrages bilden. Deutschland verweigerte mutwillig die Kohlenfelder Frankreichs, und es ist unser gutes Recht, Schadenersatz in Waren von ihm zu verlangen. Doch durch den Friedensvertrag verliert es einige seiner besten Kohlengebiete im Saarthal, Elsch-Bohringen und Eshlehen. Seine Bergleute sind durch Krieg und Knappe Rationen erschöpft. Sein Industrieleben hängt zwischen Leben und Tod. Ohne Kohle kann es nicht leben, nicht einmal, um mehr Kohle für Frankreich zu fördern, und mit seiner verminderten Ausbeute und seinen verringerten Kohlenfeldern kann es nicht beide versorgen, nämlich Frankreich zu den jetzigen Bedingungen und seine eigene Industrie aufrecht erhalten.

Im Anschluß daran sagt die „Westminster Gazette“: Deutschland hat natürlich den Friedensvertrag unterzeichnet. Selbstverständlich würde es gezwungen worden sein, seinase jeden Vertrag zu unterschreiben, da es sich den Alliierten nicht länger zu widersetzen imstande war. Aber der Vertrag enthält viele Vorkehrungen, bezeichnend diejenigen, welche sich auf Schadenersatz beziehen, die ausnahmsweise nicht durchgeführt werden können. Er wird wieder durchgesehen werden müssen, und je eher diese Arbeit begonnen wird, desto besser für Europa. Es ist in keiner Weise ein Entgegenkommen gegen Deutschland. Die Sache ist einfach die, daß das wirtschaftliche Leben Europas wieder auf eine gesunde Basis zurückgeführt werden muß. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages stehen nicht auf derselben. Im übrigen hat Frankreich und Belgien das Recht, sehr erhebliche Summen für verursachten Schaden als Ersatz von Deutschland zu verlangen, und ihre eigenen Interessen in dieser Hinsicht werden durch die falsche Grundlage, auf welcher die gegenwärtigen Berechnungen gemacht werden, geschädigt und durch den Unterschied zwischen dem, was bestimmt und was möglich ist.

## Der Kampf um die Betriebsräte.

Von Heinrich Mahahn.

Die Entwicklung eines Volkes, sei es auf wirtschaftlichem oder auf kulturellem Gebiet, läßt sich durch Gewalt und Zwangsnahmen wohl hemmen, aber nicht aufhalten. Auch der Sozialismus läßt sich in seinem Siegeslauf durch gewaltsame Unterdrückungen nicht stören. Alle Versuche, die in dieser Richtung in früheren Jahren von den reaktionären Regierungsgewalten unternommen wurden, sind gescheitert und mühen keitern.

Diese Gewaltmaßnahmen gegen die sozialistische Bewegung hat man früher schon in geschickte Formen gekleidet und auch die heutige „sozialistische“ Regierung wendet dieses Mittel an. Das Betriebsrätegesetz mit seinen raffiniert aufgestellten 106 Paragraphen soll ein Bollwerk sein gegen den Sozialismus, gegen die soziale Revolution. Die kapitalistische Gesellschaft und ihre reinsozialistischen Helfershelfer hoffen auf diesem Bollwerk ihre Herrschaft neu zu errichten. Sie wissen genau, daß sich in dieser Epoche der wirtschaftliche und politische Nachkampf, der Kampf um die Produktionsmittel, mehr denn je in den Betrieben vollzieht. Darum versucht man mit Hilfe dieses Gesetzes die Arbeiter und Angestellten zu isolieren und zu fesseln.

Der Hauptzweck des Gesetzes ist, die kapitalistische Wirtschaftsordnung neu aufzurichten und zu befestigen, damit sich wiederum die Ausbeutung des werktätigen Volkes ungehindert vollziehen kann. Durch das Betriebsrätegesetz sollen die Arbeiter und Angestellten in den kapitalistischen Produktionsbetrieben eingekerkert werden. Die Arbeitsgemeinschaften, die obligatorischen Schiedsgerichte und das angeordnete Arbeitslosenversicherungsgesetz sollen weitere Hilfsmittel dieses Unterdrückungsverlages sein. Das Betriebsrätegesetz ermöglicht es dem Unternehmer, die Arbeiter und Angestellten willkürlich zu mahregeln. Entsprechend dem kapitalistischen Charakter dieses Gesetzes sind Schuß- und Strafbestimmungen festgelegt, die Gefängnis bis zu einem Jahre, daneben Geldstrafen bis zu 3000 Mark vorsehen. Diese Strafbestimmungen sollen einen Schuttdamm bilden für das raffinierte, vergiftete Geschäftsgebahren der Einzelunternehmer sowie der Aktiengesellschaften und Syndikate. Den Betriebsräten soll es unmöglich gemacht werden, in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft einzudringen, und ihre neugewonnenen Kenntnisse im Interesse der Allgemeinheit zu verwerten; es sollen Schranken gezogen werden, um eine Erweiterung ihrer Rechte im sozialistischen Sinne zu verhüten.

Des weiteren verbietet der § 37 des Gesetzes der Arbeiterkassen die Leistung freiwilliger Beiträge für die Zwecke der Betriebsräte. Man will hiermit den Zusammenschluß sozialistischer Betriebsräte, die Schaffung von Kassen und u. a. verhindern. Der Betriebsrat soll vereinzelt, isoliert, einem starken, fest fixierten Unternehmertum gegenüberstehen. Das bedeutet Verabschiedung des Koalitionsrechtes, Eingriff in die Vereinsrechte.

Die praktische Auswirkung dieses Gesetzes wird eine ständige weitere um sich greifende Verbitterung, die Schaffung ungeheuren Konflikstoffes für die Zukunft zur Folge haben. Schon bei den bevorstehenden gesetzlichen Betriebsratswahlen wird es in den Betrieben zu reger Agitation und klaren Auseinandersetzungen kommen.

Nachwendig für die revolutionäre Arbeiterkassen ist Klarheit und Einigkeit über die Fragen: Beteiligten wir uns an den gesetzlichen Betriebsratswahlen und mit welcher Parole ziehen wir in den Wahlkampf?

Mit der ersten Frage hat sich bereits die Reichskonferenz der Betriebsräte eingehend beschäftigt. Sie ist im Einverständnis mit der Betriebsrätezentrale Groß-Berlins und den Betriebsfunktionären zu dem Entschluß gekommen, allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten die Teilnahme an der Wahl zu den Betriebsräten zur Pflicht zu machen. Bei der Beratung dieser Frage wurde mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß mit der Beteiligung an dem rein technischen Wahlvorgang keine Anerkennung des Gesetzes verbunden ist, über dessen Mängel keinerlei Zweifel bestehen kann, die vorwiegend darin zum Ausdruck kommen, daß das Gesetz der Arbeitervertretern sofort Vöhrung von Unternehmerinteressen zur Pflicht zu machen sucht.

Die Wartezeitung der U. S. V. D. hat ebenfalls die Parole für Wahlbeteiligung herausgegeben, und auch die Zentrale der U. S. V. D. fordert ihre Anhänger auf, an den Wahlen teilzunehmen. Ueber diese Frage wird aber im allgemeinen bei der sozialistischen Arbeiterchaft Klarheit herrschen.

Marxist ist aber auch dringend nötig über die Wahlparole und der daraus folgernden Listenaufstellung. In Gewerkschaftskreisen klug man vor, Listen der freien Gewerkschaften mit der Parole: „Gegen die Arbeitsgemeinschaften, für das Räte-System, für die Sozialisierung!“ aufzustellen. In den Kreisen unserer Partei dagegen ist man der Meinung, daß sich die List zwischen den verschiedenen, politischen Auffassungen bei den Betriebsräte wählen gar nicht überblicken oder ausschalten läßt. Und darum sei es besser, gleich von vornherein Listen aufzustellen mit der Parole: „Für das revolutionäre Räte-System!“

Man muß grundsätzlich unterscheiden, daß es sich bei diesem Wahlkampf darum handelt, entweder Betriebsräte für die Wiedererrichtung der kapitalistischen Wirtschaft oder für das revolutionäre Räte-System und zur Erlämpfung des Sozialismus zu wählen, entweder Betriebsräte als Werkzeuge des Kapitals und der Arbeitsgemeinschaften, oder Betriebsräte des sozialistischen Profletariats, die sich in der sozialistischen Rätevereinigung als die Träger der sozialistischen Blockkraft bekennen und den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen.

Von diesem grundsätzlichen Standpunkt ausgehend, ist es unmöglich, die Wahl der Betriebsräte im Rahmen einer freigeberkschaftlichen Liste vornehmen zu lassen, ebensowenig ist es zu empfehlen, sich auf eine reine Parteiliste festzulegen, sei es auch die einer revolutionären Partei.

Eine Sammlung aller sozialistischen revolutionären Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten ist erforderlich und kann nur erfolgen auf einheitlicher Kandidatenliste, die die Bezeichnung: „Liste der revolutionären sozialistischen Betriebsräte“ trägt. Die Kandidaten dieser Liste müssen sich zum revolutionären Klassenkampf verpflichten. Sie sind Gegner der Arbeitsgemeinschaften und erstreben den Umbau und Ausbau der Gewerkschaften zu ersaffenden Industrieverbänden. Sie erstreben weiter den Aufbau eines Räte-Systems, das als Kampfmittel zur Vereitigung des kapitalistischen Systems zu wirken hat, und dem die Aufgabe zufällt, die Heberleitung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische vorzubereiten. Sie verpflichten sich, sofort ihr Amt niederzulassen, wenn es die Mehrheit ihrer Wähler in einer Betriebsversammlung fordert.

Die U. S. V. D. muß in diesem Wahlkampf ihre Tätigkeit auf der Grundlage ihres Aktionsprogramms und im Verein mit der Betriebsrätezentrale Groß-Berlins sowie den Gewerkschaften oder den Vertrauensleuten, die sich auf den Boden des oben erwähnten Programms stellen, ausüben. Der Wahlkampf findet im Zeichen des Belagerungszustandes und der Untertochung statt, unter härtester Verfolgung und Schußhaft sührender Genossen, unter größter wirtschaftlicher Not, unter größtem Elend.

Aufgabe des wertvollen Volkes muß es trotz alledem sein, den Kampf um die Betriebsräte mit Mut und Entschlossenheit zu führen; das Banner des revolutionären Klassenkampfes muß vorangetragen werden, um den Sieg des Sozialismus herbeizuführen.

Kein Staatsherrsch. Das „Holländisch Neutras Bureau“ verbreitet eine angebliche Note der deutschen Regierung, in der diese sich auferhebend erklärt, die Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie müsse den Sozialisten verstanden, falls der Vertrag nicht erheblichen Veränderungen unterworfen würde. Zu dieser Meldung wird amtlich festgestellt, daß keine derartige deutsche Note existiert und daß es sich lediglich um eine Fälschung handle.

## Eine vielseitige Organisation.

Die Zentralkasse für Heimdienst ist eine Organisation, die schon öfters Anlaß zur öffentlichen Kritik gegeben hat. Sie verfährt ungeheure Mittel, wie wir erst in unserer gestrigen Morgenausgabe wieder nachweisen konnten. Wie vielseitig die Aufgaben dieser schönen Einrichtung sind, die die republikanische Regierung von der wirtschaflichen übernommen hat, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, das geht aus einem Schreiben hervor, welches ein Angestellter des Heimdienstes an das Sekretariat des Reichspräsidenten gerichtet hat. Der Herr ist am 1. Oktober 1919 entlassen worden, fühlte sich dadurch benachteiligt und zählte deshalb seine Verdienste auf, um bei Herrn Ebert ein gerechtes Ohr für anderweitige Verwendung zu finden. Der Herr führte die Abteilung „Partei- und Gewerkschaftspropaganda“ und berichtet darüber:

„Als erstes habe ich einen neuen Organisationsplan von Berlin vollständig allein ausgearbeitet. Nach dem Buch fand die Flugblattverteilung statt. Meine Abteilung hatte die schwerste Arbeit. Meine Leute mußten in die Fabriken zu den Arbeiterräten, in die Gewerkschaften und in die Versammlungen der Gegenpartei. Bei den großen Demonstrationen war ich mit meinen Leuten und Kontrolleuren dranhin. Die Spartakus-Ordnungen und andere scharfe Flugblätter wurden untergebracht. Bei Wind und Wetter ging es hinaus. Früh morgens um 8 Uhr hand ich mit meinen Leuten vor den Eisenbahnwerkstätten, nach 12 Uhr stand ich wieder mit meinen Leuten vor den Nachversammlungen der Gastwirtschaften und verteilte für die Regierung Flugblätter. Sogar in Landsberg und Rastin war ich in jenen unruhigen Tagen und heute keine Gefahr und gab mein Propagandamaterial unter Gegner und Streifen. Mancher Arbeiter erhielt blutige Nasen und zerrissene Kleider...“

Im November, als die Revolution ausbrach, ich lag gerade wegen Agitation im Gefängnis, verließ ich als Direktor meine Tante und stellte mich dem Parteivorstand zur Verfügung und habe Tag und Nacht Dienst getan. In den Genusstagkämpfen ich als Führer in der Kompanie Kuttner im Reichstag. Will mich nicht rühmen, aber ich habe vieles bewegt. Meine Familie hat eine Woche nicht gewußt, wo ich war. Dann war ich in der Spionageabteilung tätig, unter eigener Lebensgefahr Spionageberichte ausgearbeitet, Nachspatrollen ausgeführt und aus dem Bericht der Sektion 14 ist mancher Fall zu erkennen, wodurch wir große Mädelführer der Gegner schickelt und geliefert haben...“

Nebenbei bin ich noch Vertrauensmann der U. S. V. D. für treue Anhänger, rede in Versammlungen und agitierte für die jetzige Regierung. Soll ich nun politisch ungeschworen? Nur weil ich so gedankt werde? Ja bitte nun die Regierung ganz dringend um irgendeine Stellung zum 1. 10. ... In meinem früheren Betrieb kann ich nicht mehr arbeiten, weil der Arbeiterrat streng A. P. ist und mich wegen meiner Teilnahme an den Spartakusunruhen aus dem Betrieb hat. Mir ist nicht mal die Möglichkeit gegeben, zur U. S. V. D. überzutreten, weil ich dort für einen Regierungsfeind gehalten werde. Wohne in einer Arbeitergegend Schöneberg und werde schon als Reglerungsfeind, als Gegner früherer Kollegen und Bekannten gemieden. Da ich alles nur für die jetzige Regierung getan und tun werde, erbitte ich auch dringend Hilfe.

Ergebenst Paul Kolanowski, Berlin-Schöneberg, Torgauer Straße 8.

Die Zentralkasse für Heimdienst beschäftigt sich also auch mit der Verpöbelung und Verfolgung politischer Gegner, und es ist eine höchst merkwürdige Auffassung, diese wenig ehrenvolle Tätigkeit als „Heimdienst“ zu bezeichnen. Das Schriftstück beweist im übrigen recht schlagend, wie stark die politische Korruption im neuen Deutschland verbreitet ist.

Aus diesen Selbstbekenntnissen geht deutlich hervor, daß die Aufgaben der Zentralkasse für Heimdienst nicht nur recht vielseitig, sondern auch höchst fragwürdig und als politische Korruption. deren Verbreitung als „Heimdienst“ zu bezeichnen, ist im übrigen eine Annahme, die darauf schließen läßt, daß die hohen Auftragsgeber jeden Sinn für politische Reinlichkeit verloren haben.

## Die Leibgarde der Junker.

Die pommerischen Junker haben in der Erkenntnis, daß die Aufgaben der Zentralkasse für Heimdienst nicht nur recht vielseitig, sondern auch höchst fragwürdig und als politische Korruption. deren Verbreitung als „Heimdienst“ zu bezeichnen, ist im übrigen eine Annahme, die darauf schließen läßt, daß die hohen Auftragsgeber jeden Sinn für politische Reinlichkeit verloren haben.

Eine Frage an die Regierung ergibt sich aber noch aus diesem Vorgang, die Frage, warum die Baltikumsozialisten, zwei Monate nach ihrer Abreise aus Rußland immer noch unsere Waffen gelassen werden? Dadurch wird doch den deutschen Plänen der Junker der größte Vorschub geleistet.

## Eine Verrückung.

Unsere Darstellung über den Verlauf des Kampfes in den Anker-Protokollen in Wien gibt dem „Vorwärts“ und einer Reihe anderer Blätter Veranlassung zu einem Loblied auf die Technische Reichsanstalt, die, wenn dieser Fall sich in Berlin ereignete hätte, rechtzeitig gegen die Arbeiter Partei ergriffen hätte. Damit wird alles bestritten, was in unserm Artikel gesagt worden ist: in Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern wird in Deutschland grundsätzlich zugunsten der Unternehmern eingegriffen, während die österreichische Regierung seitlich von ihrer sozialistischen Ueberzeugung und ihrem Verantwortungsfühl gegenüber der Allgemeinheit das triviale und unverantwortliche Vorgehen des einzelnen Unternehmers unterband und 1800 Arbeitern zu ihrem Rechte verhalf.

Daß die Kritik im „Vorwärts“ diesen klaren Sachverhalt verfehlt und es so darzustellen sucht, als wenn uns die Schädigung der Allgemeinheit erwünscht wäre, ist keine ungewöhnliche Erscheinung, denn die nahen Beziehungen dieses Organs zur Technischen Reichsanstalt lassen den Versuch begreiflich erscheinen, für diese Strebrecherorganisation dauernd Propaganda zu machen, selbst wenn dadurch die Interessen der Arbeiter und die Wahrheit in arge Bedrängnis geraten.

22 440 frühere Feinde, darunter 13 700 Deutsche, befinden sich gegenwärtig in England. Es haben keine Ausweismöglichkeiten auf Grund des Ausländergesetzes vom Jahre 1918 statgefunden.

## Der geistige Hungertod.

Ein Beispiel für die Vernichtung geistiger Werte und Möglichkeiten bilden jene Verlungen der allgemeinen Leserschaft, die die Bildungsbedingungen der Masse auf ein Minimum reduzieren. Wir haben hierfür selten eine erschütterndere Aufwachenstellung gesehen als diejenige, die in den folgenden Ausführungen der Wiener „Arbeiterzeitung“ enthalten ist: Man hat das Buch des Menschen besten Freund genannt. Von diesem Freunde müssen wir nun Abschied nehmen. Es ist uns zu schmerzhaft geworden, der Verleht mit ihm geht über unsere Mittel. Aber was bedeutet dieser schmerzliche Abschied? Man muß sich die Kulturfolgen der Leselektur, daß die Lesung aller Lebensbedürfnisse auch die Bücher ergriffen hat, einmal in aller Klarheit vor Augen fassen. In der Geschichte des Aufstieges der Nation zu höherer und höherer Bildung, in ihrem geistigen Weltanschauungskampf spielt die Verbilligung der Bücher während der vierzig Jahre vorangehenden Jahrzehnte eine weit nicht genug gewürdichte Rolle. Bis zu Anfang der achtziger Jahre die ersten Romanbände erschienen — Goethes „Faust“ eröffnete den Weg —, da brach, man kann es ohne Uebertreibung sagen, für die Massen des deutschen Volkes plötzlich eine neue Kulturperiode an. Das Reclam-„Faust“ um 20 Pfennig oder 12 Kreuzer — später wurden es 25 Pfennig oder 30 Heller — gab die erhabenen Kunstwerke unserer und fremder Literaturen dem Volk in die Hände, schützte in seinen Schatz den gewöhnlichen Mann und das schickliche Spielwerk moderner Theaterstücke, Opern und Komödien. Jetzt erst haben Goethe und Schiller auch für den Arbeiter und die Arbeiterin gebildet und Josen und Zungen auszuheilen nicht in der Salonluft verweilen, sie wurden in der Manjache ihre hypochrischen Feiler und Verlehter.

Reclam sollte den Durchbruch gemacht, er selbst schreie noch mit den Reclam-Masskern spitzköpfige Ausgaben der Großen und Großen deutscher und fremder Dichtung in jedes Haus ein buchhändlerisch, in jedes Haus, denn für einige Mark oder Kronen konnte nun jeder Arbeiter, jeder Gewerkschaft die „gesamten Werke“ der „ausgewählten“ Werke heimischer und ausländischer Autoren auf seinem Bücherbrett versammeln; der Besitz einer Hausbibliothek war wirklich zur Volksfrage geworden. Und das Beispiel Reclams spornte zur Nachahmung. Dese und Wang boten in besserer Ausstattung und zu Preisen, die uns heute lächerlich erscheinen, noch reichere Auswahl, noch vollständiger Ausgaben. Auch die Kunst geschmackvoller, schöner Herausgabe war zu dem zeitgenössischen deutschen Volke zurückgekehrt. Die roten Lederbände der „Fischer“ konnten dem verwehnten Volkswort genügen; und auch diesem vernünftigen Volkswort diese nach der besterhaltene Protokolle erhaltene, denn ein Insel-Band kostete nicht mehr als 3 Mark oder 3,80 Kronen. Bloß die Inländer und langjährig verheirateten Schriftsteller blieben von diesem Segen der Reclam-Kultur ausgeschlossen. Der Dichter blüht nur, wenn er

im Garten seines Volkes steht. Die dreißigjährige Schutfrist und die Gewinne der Verleger haben selbst einen Keller oder Konrad Herold und Meyer dem deutschen Lesepublikum zu entzweien vermocht.

Doch was bedeuten die alten Verlegerpreise gegen die wahren, wahren Preise, die in solchem Wirbel sehr alle Bücher erliegt hat? Es gibt kein wohlfeileres Buch mehr, das armliche Heft spottet der Preise der einstigen Prachttausgaben. Das Reclam-Büchel, der geistige Befreier von einst: die Materialpreise und die kapitalistischen Verlegerlänke haben es glücklich auf eine Mark emporgeworfen, das heißt aber für uns: fünf Kronen dank unserem noch ärgeren Währungsverfall und dem 20prozentigen Zuschlag, den der deutschösterreichische Buchhandel als Sondersteuer erhebt. Das dünne Heftchen, das den „Bringen von Pombura“ enthält, kostet heute in Wien um zwei Kronen mehr als vor dem Kriege der Band, der nichts als sämtliche Dramen und Komödien umfaßt. Gehen wir zu den Gesamtausgaben über, so gelangen wir zu Preisen, vor denen einem buchhändlerisch das Hören und Sehen vergeht. Der einst so wohlfeile Heft ist heute zu Schicksalspreisen aufgeliessen. Sein Vorne, sein Byron, sein Heibel kosten je 120, sein Wagner 200, sein „großer“ Schiller 400 sein „großer“ Goethe 600 Kronen. Ein Goethe, der 600 Kronen kostet — und selbst die kleine Ausgabe von acht Bänden ist bei 300 Kronen angelangt —, hat sein Volk verlassen. Darf uns dann noch wundern, daß Dichter, die noch nicht „frei“ sind mit völligen Phantasiepreisen und angeboten werden? Drehtags Werke kosten 500, Raabes und Dubns Werke je 600 Kronen.

Der Besitz einer kleinen Hausbibliothek, zu der in Freude wie in Trauer der tiefste bewachte Mensch Zuflucht nimmt, ist zum Vorrecht der Reichen geworden. Die Quellen des Wissens versiegen und. Raum ein anderes Volk beschafte vollständige, gediegene Sammlungen wissenschaftlicher Volkschriften, wie sie die Goethe'sche Sammlung, Teubners „Natur- und Geisteswelt“, Quelle und Meyers „Wissenschaft und Kunst“ darstellen. In Hunderten von Bänden, die einzeln eine bis anderthalb Kronen kosteten, waren da alle Wissenszweige bis in die feinen Verästelungen des Fachwissens behandelt, durchwegs von handhändlerischer Hand. Die Wirkung dieser in Hunderttausenden vertriebenen Bände ist kaum zu überschätzen. Sie haben dem Streben und Wagnis im Volke die Möglichkeit, sich die Zugänge zu höherer Bildung zu eröffnen. Auch damit ist es nun vorbei. Wenn ein Goethe'scher Bandchen mit 12,50 Kronen, ein Bändchen aus „Natur- und Geisteswelt“ mit 16 Kronen bezahlt werden muß, um einen Preis, den vor dem Kriege gewöhnlich für ganze wissenschaftliche Literatur erzielten, ist die wissenschaftliche Bibliothekerei, diese Schätze und segensreiche aller Bibliotheken, keine Bibliothek mehr für den Arbeiter und den kleinen Beamten. Aber sehen wir uns doch in unserer eigenen Partei-

literatur um. Wie könnte man sein, ohne Marx' Kapital zu Hause zu haben? Das wird fortan ein Luxus werden, den sich kaum noch ein junger Genosse gönnen kann, denn das Kapital kostet 25 Mark, das sind 325 Kronen, der erste Band allein in der Volksausgabe 120 Kronen, die vier Bände „Theorien über den Mehrwert“ 200 Kronen. Für Heibels Autobiographie „Auf meinem Leben“ muß man 115 Kronen, für seine Frau und der Sozialismus“ 70 Kronen, für den literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle 180 Kronen, für Lehning's „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ 200 Kronen erlegen. Von der „Reinen Bibliothek“ kommt jedes Bändchen auf 12,50 Kronen und das Vierteljahrsabonnement der „Neuen Zeit“ auf mehr als 30 Kronen zu stehen.

Wir werden Bettler und Hungerleider auch im Geistigen. Was hier von Österreich gesagt ist, das gilt in nur wenig abgeschwächtem Maße auch für den bildungslosen deutschen Arbeiter samt der Verleuerung aller gelehrten Studien durch die (insolge der Kultur-) unerlässlich hohen Preise der im Ausland erscheinenden Bücher und Zeitschriften, wodurch dem ganzen wissenschaftlichen Betrieb die Quellen vertriehen und die internationalen Forschungszusammenhänge gelähmt sind. Auch die Professoren und Assistenten haben in ihren Instituten für Experimente uho. neben der auch ihnen, als geistigen Arbeiter, außerordentlich erschwerten Lebenshaltung längst nicht mehr hinreichende Mittel zur Verfügung. So ist auch Deutschland durch seinen „glorreichen“ Krieg zum finanziellen und geistigen Bankrott verurteilt.

„Wandlung“ im Auslande. Douglas Goldring der Generalsekretär der englischen „Circle“, dessen Drama „Der Kampf um die Freiheit“ im Verlag von Gustav Fischer (Stuttgart) erscheint, überlegt „Die Wandlung“ von Ernst Toller, die an dem von Goldring geleiteten Arbeitertheater aufgeführt wird. Die französische Uebersetzung „Wandlung“ besorgt Henri Barbusse, die spanische Pedro Calderon de la Barca, die schwedische Dr. Carl David Larsson, Hermann Heijermans hat „Die Wandlung“ für Amsterdam erworben. — Demnach findet nach fünfjähriger Pause die erste Aufführung eines deutschen Dramas durch die literarische Gesellschaft (Stage Society) in London statt. Es wird Georg Kaiser's Stück in zwei Teilen „Von Morgens bis Mitternacht“ aufgeführt.

Die Uffrisierung der Westbahnen. Wie in der Verlesung der Schweizerischen Bundesbahnen mitge eilt wurde, ist der Beginn des elektrischen Betriebes der Gotthardbahn für 1920 reparatur vorgesehen; im Mai für die Lunzlinie; im Juli, im August, im Juni für die Strecke Grenchen—Olten n. im September für Nitolo—Vasco und später sodann für die Strecke Basoa—Bingen. Die ersten Verträge des Reichs für den Betrieb, die auf der Strecke Nitolo—Vasco gemacht wurden, haben am 1. Juli abgeschlossen.

Am Leipziger Stadttheater ist nicht gestrichelt worden.

# Russlands genossenschaftliche Organisationen.

Die vom Obersten Rat der Allierten aufgestellte Bedingung, daß der Wirtschaftsverkehr mit Sowjetrußland nur durch Vermittlung der russischen genossenschaftlichen Organisationen gehen darf, hat das Interesse für diese Organisationen außerordentlich verstärkt. Das Stockholmer Institut für Wirtschaftliche Organisation macht in einem Artikel, der sich im übrigen ablehnend über die Bedingung des Obersten Rates äußert und die Forderung nach Wiederaufnahme der unbeschränkten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Entente-Ländern stellt, folgende instructive Angaben über den Charakter und den Umfang der russischen genossenschaftlichen Organisationen:

„Aus der genossenschaftlichen Bewegung, die gegenwärtig in Rußland im Gange ist, hat sich ein gewaltiger Aufschwung des Sozialismus heraufgelassen, der eine größere Bewegungseigenschaft mit sich bringt, als man in der Jahrhundertwende etwa tausend Konsumvereine rechnete. Es bestand der Verband Anfang 1914 aus 10 000, nach einer Nachzählung von etwa 1 1/2 Millionen entfiel, und schon in der ersten Hälfte von 1917 konnte man 20 000 Konsumvereine zählen.“

Ende 1918 belief sich die Zahl der an die allrussische genossenschaftliche Zentralorganisation angeschlossenen Verbände auf wenigstens 325 und die Zahl der zu ihrem Bereich gehörenden Konsumvereine auf ungefähr 27 898. Die Anzahl der Mitglieder betrug etwa 15 Millionen Hausbewohnungsstände (Holländer-Finger). Da man eine Familie auf mindestens 4 Köpfe rechnen kann, umfaßt also „Centrososus“ ungefähr 60 Millionen Mitglieder — eine ungeheure Zahl, fast die Hälfte der Einwohnerzahl des Groß-Rußlands.

Seit der proletarischen Revolution liegen keine genaueren Angaben über den Umfang für das ganze Land vor. Außerhalb Sowjetrußlands haben unterdessen die genossenschaftlichen Verbände ihre Tätigkeit fortgesetzt, wie es auch innerhalb Sowjetrußlands geschehen ist. Die Veröffentlichungen des Verbandes, die früher regelmäßig herauskamen und statistische Angaben enthielten, erscheinen nun ziemlich selten. Von Wladimiroff wurde jedoch im November 1919 ein Bericht gefaßt, in welchem der Umfang für 1918 mit einer Milliarde und der Umfang für 1919 mit 2 Milliarden angegeben war. Für welches Gebiet diese Angaben jedoch gelten, wurde nicht mitgeteilt. Die in Nord- und Südrußland bestehenden Verbände haben nach der bolschewistischen Revolution die Verbindung mit der Entente fortgesetzt und sogar große Anteile von dieser Seite erhalten. In den Vereinigten Staaten sind 25 Millionen Dollar geliefert worden zur Bezahlung der von dort importierten Waren, kondensierte Milch und dergl. In Christiania wurde im vorigen Jahre eine Kasse von fünf Millionen Kronen aufgenommen zur Bezahlung von Renteinkäufen. Diese Kassen sind also bewilligt worden zur Sicherstellung der Lieferungsverträge unter der herrschenden Weltdepression. Es hieße auch das Kompensationssystem angewendet worden ist, ist schwer zu sagen, doch ist es anzunehmen. Besonders dürften die Ukraine und Sibirien ausgedeutet worden sein.

Da zum Abbruch der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland wurde ein eifriger Geschäftsvorkehr zwischen schwedischen Firmen und dem genossenschaftlichen Verband in Sowjetrußland unterhalten. Die Geschäfte wurden durch das Stockholmer Konsulat vom „Centrososus“ vermittelt. Die Waren, welche besonders gegen Absatz in Rußland fanden, waren landwirtschaftliche Maschinen, Zentrifugen, Nähmaschinen, emailliertes Kochgeschirr, Schmiedemaschinen, Nägel und dergl. Die schwedischen Waren waren in gutem Ansehen, und es ist anzunehmen, daß sie, wenn die Verbindungen tatsächlich wieder aufgenommen werden, wieder guten Absatz finden.

Der genossenschaftliche Verband in Sowjetrußland steht unter der Kontrolle der Sowjets. Es handelt sich um nur um Warenverkauf, doch damit dieser zustande kommen kann, sind natürlich Kommissarien unerlässlich. Ein Konsortium wie sich also bilden müssen. Der freie Handel ist ausgeschlossen, und die Abfertigung wird, wie bereits gesagt, natürlich nicht gestattet, daß das Privatgeschäft wieder ausblüht. Der Oberste Rat dürfte dies vielleicht wissen, und wenn er den genossenschaftlichen Verband zum Vertreter wählt, ist das zugleich die Anerkennung eines von der Sowjetregierung kontrollierten Organes. Das hat man vielleicht noch nicht eingesehen, doch die Vertreter können die Verbindung mit der revolutionären Leitung nicht verweigern.

Die Vermittlung durch den genossenschaftlichen Verband wird dadurch erleichtert, daß dieser unmittelbar bereit ist, seine Tätigkeit auszuüben. Es befinden sich Agenturen (die selbstverständlich von der Sowjetregierung beauftragt werden müssen) in London, New York, Paris, Marseille, Helsingfors, Stockholm, Kristiania, Konstantinopel, Shanghai und Kobe. Der Verband hat eine gemeinsame ökonomische Zentrale in der Moskauer Bolschakow.

Sowjetrußland ist bereit, einen Eisenexport der für die übrige Welt unentbehrlichen Lebensmittel und Rohstoffe in Gang zu setzen. Seit den ersten Kriegsjahren liegen ungeheure Vorräte an Waren aller Art aufgehäuft, die wegen des Kriegszustandes und der Unsicherheit auf dem Meere nicht hatten auszuführen werden können. Wir nennen nur: Fleisch, Haut, Häute, Därme, Pelzwerk, Wolle, Wolltuch, Bauholz, Platin usw.

Die russischen Landwirtschaftsgenossenschaften werden einen besonders bedeutenden Faktor bei diesem Warenexport ausmachen. In Sibirien spielen die Genossenschaftsvereine eine große Rolle und die sibirische Wälder ist ein großer Exportartikel. Im Jahre 1917 betrug die von der Zentrale für Organisation der angeschlossenen Vereine vermittelte Wälderexport über 15 Millionen Kilogramm. Auch der Fischbau ist genossenschaftlich organisiert, und die genossenschaftliche Fischzentrale beherrschte 1918 mindestens 75 Prozent des ganzen russischen Fischexportes, ungefähr 60 000 Tonnen.

Schließlich mag daran erinnert werden, daß die Leiter des genossenschaftlichen Verbandes, gleichviel welcher politischen Richtung, im vergangenen Jahre einen energischen Kampf für die Aufhebung der Blockade geführt haben.

Der nächste nationale Kongreß der französischen Grubenarbeiter wird, wie aus Saint-Etienne gemeldet wird, gegen Ende Juni zur Prüfung der Rationalisierung der Gruben und der Lohnfragen in Saint-Etienne stattfinden.

Verwaltungsmaßnahmen im Köslimungsgebiet in Schweden. Die internationalen Kommissionen in Kienburg erlebte eine Veränderung, durch die ein besonderer Bericht mit drei von der Kommission zu ernennenden Richtern eingesetzt wird, der die Verhandlungen gegen die Anordnungen der Kommission und der Polizei mit Polizeibehörden bis zu 10 000 Mk. und Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten legen kann.

Ein ritt Dänemarks in den Köslimungsgebiet. In der Köslimungsgebiet von Dänemark wurde der Eintritt Dänemarks in den Köslimungsgebiet behauptet. Auch das von den Köslimungsgebiet.

onten, die Neutralität könne durch den Völkerverbund gefährdet werden, wurde der Vorschlag der Regierung zum Eintritte angenommen.

Ebenso debattierte der schwedische Reichstag am Donnerstag über den Anschluß an den Völkerverbund. Der Anschluß dürfte mit großer Mehrheit beschlossen werden, da die Regierungsparteien, Liberale und Sozialdemokraten dafür sind.

Englische Rechte für Italien. Der italienische Premierminister hat über seine wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen mit der englischen Regierung in London berichtet. Die englische Regierung werde sich zu einem Plan entschließen, daß Italien eine Londoner Bankengruppe eng zusammenarbeiten und von dieser finanziell unterstützt werde. Besondere Abkommen sollen auch mit Griechenland getroffen werden.

## Die „Reorganisation“ der Eisenbahnverwaltungen.

An dem Vize des Entlassungsfonds in den Eisenbahnverwaltungen fängt sich eine Linie an, und es ist immer noch nicht abzusehen, wann das Bild, ein Porträt des engberichtigten vornehmlichen Bürokratismus, vollständig sein, d. h. wann die Willkür des Bürokratismus ihr Ziel als vollbracht ansehen wird.

Heute können wir von den Entlassungen in der Eisenbahnverwaltungen in Greifswald berichten, von der zwar „nur“ 130 Arbeiter, aber wieder vorwiegend Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und unserer Partei betroffen worden sind. Die Reorganisation, der die Entlassenen angehören, die dortige Betriebsleitung anzuführen, aber die Abgesandten der Arbeiterkraft wurden im Direktionsgebäude von Bewaffneten empfangen und zurückgewiesen. Die Entlassenen, Bürger der Stadt Greifswald, wandten sich danach kräftig an den Magistrat, Bürgermeister und Polizeidirektor verhandelten denn auch mit der Verwaltung zum Zwecke der Wiedereinstellung der Arbeiter. Es wurde geltend gemacht, daß die Entlassenen meist verheiratete Leute seien, während zahlreiche Unverheiratete weiter beschäftigt werden. Die Arbeiter schlugen vor, daß bei den Entlassungen, soweit die Vorge in Betrieben erforderlich, doch wenigstens die Demobilisierungsvorschriften angewandt werden müßten.

Die Betriebsdirektion gab dem Bürgermeister und Polizeidirektor entgegen zu, daß bei den Entlassungen „Gärten“ vorgekommen sein mögen, aber sie könne daran nichts ändern, denn die Entlassung erfolge auf höhere Befehl, sowohl in Bezug auf die Zahl, wie auf die Verteilung der Entlassenen. Wir unterstreichen diese Behauptung der Direktionsbeamten, weil sie im Widerspruch steht zu einer Mitteilung des Zentralvorstandes des D. E. V. an die Bezirksleiter, in dem es heißt:

„Die Entlassungen und Wiedereinstellungen sind ausschließlich in die Hände der Amtsvorstände gelegt und das Ministerium bestimmt nur die Zahl der zur Entlassung zu gelangenden reib. die künftige Stärke der Besatzung. Der Vorstandsvorsitzende bewirkt, was angeht die gegenwärtigen Verhältnisse in seinen Kräften steht, um unsere Mitglieder, besonders die Funktionäre, die schon längere Zeit bei der Eisenbahnverwaltung sind, zu schützen durch Einwirken auf das Ministerium und die Regierung. Aber auch unsere Angestellten und örtlichen Organisationsvorstände müssen ebenfalls und zwar in erster Linie alles daran setzen, daß auf dem Wege der örtlichen Verhandlung die Interessen unserer Organisation und Mitglieder gewahrt werden.“

Jemand etwas stimmt hier nicht. Entweder hat der Greifswalder Amtsvorsitzende Recht oder der D. E. V. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit abermals hervorheben, daß es unter den Mitgliedern des D. E. V. nicht wenige gibt, die gewiß den Eindruck haben, daß der Vorstandsvorsitzende alles tut, was in seinen Kräften steht, um die Mitglieder, und vor allem die Funktionäre zu schützen. Wir haben schon einmal betont, daß wir die schwierige Lage des Verbandes zu kennen glauben und zu würdigen wissen, und wir fordern nicht von ihm, daß er zum Streik austritt. Wir fühlen uns gar nicht berechtigt, uns durch so weitgehende Forderungen in die Angelegenheit zu mischen. Noch, jedoch die Eisenbahner selbst ihren Unwillen über die Dauerhaftigkeit des Vorstandes immer deutlicher zu verstehen geben, möchten auch wir zum Ausdruck bringen, daß den Vorstand ein erhebliches Maß an Energie auszeichnet. Noch einmal: Was denkt Herr Brunner zu tun? Müht er es vereinsamen zu können, daß er zugleich Vize im Ministerium und Vorsitzender eines von demselben Ministerium so schwer mißhandelten Verbandes ist?

## Gewerkschaftliches.

### Die Berliner Buchdrucker und das Betriebsrätegesetz.

Am Donnerstag besaßen sich in einer Versammlung die Verbandsmitglieder der Berliner Buchdrucker mit dem Betriebsrätegesetz. Gleich zu Beginn der Versammlung gingen die Redner der Erregung recht hoch. Als Referent war der Rechtsgelehrte Dr. Müller präsent. Die Opposition hatte Genossen Wegmann eingeladen und stellte den Antrag, daß es als Korrekturen nicht werde. Der Antrag paßte Wallini gar nicht in den Strom und er führte aus, daß es keinen Wert habe, einen Korrekturen zu hören, der es aus weis schwarz machen kann. Ein Armutszeugnis für die Unfähigkeit der Buchdrucker! Bei der Abstimmung über den Antrag kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Versammlung lehnte den Antrag ab. Ja, die Buchdrucker sind vorläufige Leute. Sie wollen nur abgehempelte S. P. D.-Anführer hören. Denn wenn man zwei Ansichten hört, muß man ja unter Umständen nachsehen, um sich zu entscheiden.

Wallini, der sich bereits in der Gewerkschaftskommission als Redner über das Thema verhalten hatte und sich dabei eine Notdurft holte, erläuterte das Gesetz. Der Vorschlag, um das Nachwort glauben nicht alle Vertrauensmänner, was Zwischenrufe und Belächelung bewiesen.

Als Diskussionsredner erhielt doch Genosse Wegmann als „Gast“ das Wort zu längeren Ausführungen. Wiederholt durch lebhaften Beifall unterbrochen, wies er nach, daß die Arbeiterkraft in keiner Weise einen Grund dazu hat, wegen der vielen Korrekturen von dem Gesetz abzuweichen zu verweigern. Tag Wegmann das Wort erhielt, tat den Schlußfolgerungen der Sozialdemokratischen außerordentlich wehe. Schlechter wundert sich, daß Wegmann das Wort erhalten hatte, um das Gesetz zu kritisieren. Der Herr seiner Ausführungen ging in einem

von Schlußworten unter. Ganz unerhört, daß es Leute geben kann, die das Gesetz eines Herrn Schleifer nicht hören wollen!

### Branchenversammlung der Musikinstrumentenmacher.

Die im Holzarbeiterverband organisierten Musikinstrumentenmacher: abends am Donnerstag in einem Beschlusse ein Referat des Kollegen Stoll über das Betriebsrätegesetz entgegen. Der Referent wies an, daß der einzelnen Betriebsrätegesetzungen nach, daß das Betriebsrätegesetz nur zur Befestigung des Sozialismus dient, aber kein Instrument der Sozialisierung ist. Dessen ungeachtet sei es Pflicht der Arbeiterschaft, alle Möglichkeiten des Gesetzes auszunutzen und ganz besonders bei der Aufstellung der Kandidaten zu den Betriebsräten auf dem besten zu sein. Es ist gleich, welcher Parteirichtung die Kandidaten angehören, Hauptsache ist, daß diese auf dem Boden des prinzipiellen Klassenkampfes stehen und sich in diesem Sinne nicht betätigen haben. Mit kräftigen Worten unerhöhten die Kollegen Stoll und Dorn die trefflichen Ausführungen des Referenten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Dorn einen ausführlichen Bericht über den Stand des Betriebs der Klararbeiter. Die Verwaltung hat der Instrumentenorganisation den abnehmenden Beschäftigung der letzten Betriebsräteversammlung mitgeteilt. In dem Schreiben wurde die Betriebsräteorganisation in mündlichen Verhandlungen betraut, da die Bewegung durch Betriebsräte ohne gegenseitige Aussprache nach Meinung der Klararbeiter nicht zum Abschluß gebracht werden kann. Die Antwort auf dieses Schreiben muß noch abgewartet werden.

Kollege Dorn wies noch darauf hin, daß die Unternehmer in einem Jubel unter anderem behauptet hätten, Kollege Stoll habe die Verhandlungskommission hätten wissenschaftlich zweckmäßige Führung den Kopf eines Fisches gelehrt, trotzdem der Drucklegung des Flugblattes diese Angelegenheit geklärt war. Nach eingehenden Verhandlungen haben sich jetzt die Klararbeiter bereit erklärt, diese Behauptung der Falschung zurückzunehmen. Inwiefern alle falschen Behauptungen des Flugblattes wesentlich richtigstellen. Dieses Versprechen haben die Klararbeiter bis heute noch nicht eingeholt. Zum Schluß betonte Kollege Dorn, daß die Klararbeiter bereit sind, bereits fertige Instrumente und Flügel zur Preisverfestigung zu bringen. Es sei nicht aller Kollegen, ganz besonders auch der Transportarbeiter anderer Firmen, diese Einstellung zu verweigern.

Wichtigste Mitteilungen. Wie wissen die Kollegen nochmals auf die am 29. Februar stattfindenden Wahlen zum paritätischen Arbeitsnachweis hin. Dieselben finden von 10 Uhr vormittags bis 4 nachmittags im Gebäude des städtischen Arbeitsnachweises, Rindfleischstraße 9 und Cornmannstraße 13 statt. Jeder Arbeiter, der in Groß-Berlin ist wahlberechtigt, auch diejenigen, die zur Zeit in einem anderen Beruf arbeiten. Als Ausweis dient der Lehrbrief, Verbandsmitgliedschaft, Arbeitslosenschein oder Arbeitslosenheftkarte, auch Zeugnisse, aus denen der erlernte Beruf hervorgeht. Wer nicht organisiert ist, muß bis Dienstag, den 24. Februar keine Eintragung in die Wahlliste beim Gemeindevorsteher des Magistrats, Spandauer Straße 32, mündlich oder schriftlich beantragen. Postkarte genügt. Kollegen teilt ein für die Liste des Zentralverbandes der Arbeiter, die allein die Gewähr dafür bieten, daß eure Interessen voll und ganz in der Verwirklichung vertreten werden. Die Liste beginnt mit dem Namen Conrad Krause.

## Groß-Berlin.

### Votsdamer Justiz.

Eine Verhandlung, die am Mittwoch vor der Strafkammer des Landgerichts Potsdam unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kassel stattfand, zeigte unsere Rechtspflege, wie sie nicht sein soll. Der Richter Lippelt hatte sich zu verantworten, weil er beschuldigt wurde, den ärztlichen Beirat der Votsdamer Heilanstalt durch Drohung gezwungen zu haben, auf die Direktorstelle zu verzichten. Die Verteidigung hatte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosefeldt, Berlin übernommen. Bei Beginn der Verhandlung fuhr der Vorsitzende den Verteidiger an: Wie können Sie ohne meinen Schluß und ohne Rube erscheinen? — Vert.: In Berlin legt man auf solche Neuherlichkeiten kein Gewicht mehr. — Vors.: Wir sind hier aber nicht in Berlin, sondern in Potsdam. — Vert.: Ich fand im Anwaltsbüreau keine Rube und konnte daher keine anziehen. — Vors.: Sie können doch nicht verlangen, daß die Votsdamer Rechtsanwaltskammer die Berliner auch nach die Rube zur Verfügung stellen? — Vert.: Wir Rechtsanwälte pflegen uns gegenseitig zu unterstützen. — Nach langem Hin und Her, wobei sich dann noch herausstellte, daß auch eine Gerichtsbesetzung, der Gerichtsbesetzung, ohne Rube erschienen ist, wird der Verteidiger schließlich ohne Rube gelassen. Im Laufe der weiteren Verhandlung will Dr. Rosenfeldt ein auf dem Richterlich legendes Gesetz einsehen. Der Vorsitzende schreit ihn an: Sie kommen nach Potsdam nicht nur ohne weißen Schutzhelm und Rube, sondern auch ohne Gesetz! — Vert.: Noch niemals hat das Gericht einem Rechtsanwalt die Einsicht in ein dem Richter gehörendes Gesetz verweigert. — Vors.: Wir haben hier auch gar kein Strafbuch. — Vert.: Sollte in der Strafkammer nicht ein Exemplar des Strafgesetzbuches vorhanden sein? — Vors.: Ein Exemplar ist doch da, das brauchen wir aber selbst. — Während der Schlußrede des Verteidigers rief der Vorsitzende demonstrativ die Uhr und sagt zu einem Beifahrer: Eine Viertelstunde! Offenbar sprach der Verteidiger dem Herrn Vorsitzenden schon zu lange. Aber die er Herr hat nachher wohl selbst ein, daß er zu weit gegangen war. Dorn er fühlte sich veranlaßt, nach Schluß der Verhandlung feierlich zu erklären: Wenn ich während der Ausführungen des Herrn Verteidigers geschwiegen habe, eine Viertelstunde, so meinte ich damit, daß für diesen Termin nur 15 Minuten vorgesehen seien, daß er aber schon eine Stunde gedauert hat.

Der Angeklagte erklärt über seine Veranlassung, daß er im Falle war. Vors.: So? — Anwalt: Jawohl, ich bin Irrebeschädigt. — Vors.: Sind Sie denn verwundet? — Anwalt: Nein. — Vors.: Dann sind Sie doch nicht Irrebeschädigt. — Anwalt: Doch, ich habe mir ein Lungenleiden zugezogen. — Vors.: Das werden Sie wohl schon vorher gehört haben. — Anwalt: Nein. Ich bezahle 100 Prozent Rente wegen Irrebeschädigung.

Bei der Verlesung des Urteils erster Instanz, durch das der Angeklagte freigesprochen war, machte der Vorsitzende andauernd halblautes Gemurmel, die seine Unzufriedenheit mit dem Reizeindruck erkennen lassen. Ebenso deutete er die Kräfte des Angeklagten mit Neugierden über die Anwesenheit seit seiner Verurteilung. Der Angeklagte schäuferte, daß die Patienten und

## Zähne

4 Mark  
6.- Mark

mit echtem Friedens-Kaufschuk

schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie

Zahnzahn mit Brillen, Zahnbohrer nach bewährter Methode bei Herstellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Schmerzen, Kronen von 30 Mk. an, Kol.-Luxurprobel, Fachmännische Mundunterstützung und Röntgenstrahlen

### Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1

Fake Schöneburger Allee, Finanziar Danziger Straße, Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntag und Feiertage 9-12

In den letzten 2 Jahren über 2000 Gehilte zur vollsten Zufriedenheit gefasst!

